

Mindestens 6 Wochen Ferien für alle: KMUs am stärksten betroffen

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Wohl alle von uns möchten mehr Ferien! Aber wenn damit das Risiko verbunden ist, dass aus Kostengründen Arbeitsplätze ins Ausland verlegt werden oder Betriebe aufgeben, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig sind, dann kann eine generelle Heraufsetzung der Mindestferien von 4 auf 6 Wochen nicht sinnvoll sein. Es ist doch offensichtlich: die Schweizer Wirtschaft steht derzeit vor existenziellen Problemen. Der Euro und der USD haben gegenüber dem Franken massiv abgewertet und damit ist die Schweiz als Wirtschaftsstandort sehr teuer geworden. Und nun sollen unsere Standortkosten mit der Forderung nach mehr Ferien weiter verteuert werden. Die Kosten für die 1-2 Wochen zusätzliche Ferien, betragen, bezogen auf die gearbeiteten 48 Wochen gemäss dem Präsidenten der Gewerkschaft Travail Suisse rund 2% der Gesamtlohnsumme, d.h. rund CHF 6 Mrd. Pro Jahr notabene! Die Gewerkschaften gehen davon aus, dass die effektiv bezahlten Ferien bereits heute 5 Wochen betragen und deshalb eine Anhebung des Mindestferienanspruches auf 6 Wochen nur 1 Woche mehr Ferienkosten für die Unternehmen bedeute. Diese Milchbüchlein-Rechnung mag im Durchschnitt stimmen, aber leider präsentiert sich die Situation im Detail und für viele Unternehmen anders.

Warum ist die Heraufsetzung des Mindestferienanspruches von 4 auf 6 Wochen abzulehnen? Es sind vor allem folgende 5 Gründe:

1. Die Schweiz verfügt über ein liberales Arbeitsrecht und eine 100-jährige sozialpartnerschaftliche Tradition. Dieses Rezept hat sich bewährt. Bereits heute profitieren über 1,7 Millionen Arbeitnehmende von branchenspezifischen Gesamtarbeitsverträgen oder Firmenregelungen, welche über das gesetzlich vorgeschriebene Minimum hinausgehen. Ferienregelungen können optimal auf die Bedürfnisse der Branchen abgestimmt werden. So erhalten Beschäftigte der Bauwirtschaft aufgrund der stärkeren körperlichen Belastung bis zum 50. Altersjahr fünf Wochen, danach sechs Wochen Ferien. Die gleiche Regelung gilt für die Holzverarbeitungs-, Druck- und Uhrenindustrie. In der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie sind die 40- bis 50-Jährigen mit fünf Wochen Ferien sogar noch etwas besser gestellt. Diese Flexibilität soll weiterhin gewahrt bleiben.
2. Im Jahr 2010 stellten sich die Ferien der Vollzeitbeschäftigten im Durchschnitt auf 5.0 Wochen. Die Älteren, d.h. über 50 jährigen konnten 5.5 Wochen Ferien geniessen, die 20-49 jährigen 4.8 Wochen. Aber selbst innerhalb dieser Gruppe erhalten 60% mehr als 5 Wochen Ferien bezahlt. Selbstverständlich gibt es aber auch noch eine Vielzahl von Unternehmen, die sich an das gesetzliche Minimum von 4 Wochen halten, sonst läge der Durchschnitt höher. Die Selbständigerwerbenden haben 2010 im Durchschnitt nur 3.4 Wochen Ferien bezogen. Unter diese Kategorie fallen die Land- und Forstwirtschaft, aber auch viele Kleingewerbler und Wirte.

Wenn nun die Mindestferien auf 6 Wochen angehoben werden, dann werden die Unternehmen und Landesregionen unterschiedlich getroffen. Während die

Pflichtferien für die Älteren überhaupt nicht oder nur um eine halbe Woche zu nehmen, steigen jene der aktivsten Bevölkerung zwischen 20 und 49 Jahren um 1.2 Wochen und bei einigen Unternehmen werden sogar 2 Wochen mehr zu bezahlen sein, was einem Kostenschub von mindestens 4% entspricht.

3. Eine Erhöhung des Mindestanspruchs auf Ferien bedeutet vor allem für die KMUs einen Kostenschub. 70% der Beschäftigten von Grossbetriebe erhalten bereits heute mehr als 5 Wochen Ferien, während es in Kleinbetrieben weniger als 40% sind. Bei einer Anhebung der Mindestferien auf 6 Wochen würden somit primär die Kleinbetriebe, die KMUs, betroffen. Diese haben nur beschränkt die Möglichkeit, diese Mehrbelastung auf die Kunden abzuwälzen. Sie werden den vollen Kostenschub tragen müssen. Sie werden damit nicht nur im Export, sondern allenfalls sogar als Zulieferer im Inland aus dem Rennen fallen. Um die Produktivität zu steigern werden sie gezwungen, zu rationalisieren, wozu oft auch Personalentlassungen zählen.

Es geht bei den Kleinunternehmen aber nicht nur um den Kostenschub für die 1-2 Wochen Zusatzferien. Arbeitsplätze bestehen bekanntlich nicht nur aus Menschen, sondern auch aus technischen Einrichtungen wie Maschinen oder Computer. Selbst wenn diese nicht genutzt werden, fällt der Unterhalt und die Verzinsung an. Deshalb sollten teure Maschinen möglichst voll ausgelastet werden. Vielfach sind aber jene Leute, die solche Maschinen bedienen, Spezialisten. In vielen Kleinbetrieben ist es nicht möglich, Spezialisten durch Ferienaushilfen zu ersetzen. Wenn ein Betrieb mit 10 Beschäftigten plötzlich 10 oder 20 Wochen mehr Ferienabwesenheiten zu überbrücken hat, dann haben solche Personalengpässe für die verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Konsequenzen. Sie müssen in ihrer Arbeitszeit oft mehr leisten. Der Stress nimmt trotz mehr Ferien nicht ab, sondern zu. Oder sie können ihre Ferien terminlich nicht mehr frei wählen, weil Betriebsferien angeordnet werden.

4. Problematisch sind auch die regionalen Unterschiede. In Zürich beziehen beispielsweise bereits 58% der 20-49 jährigen Vollzeitarbeitenden Ferien zwischen 5 bis 5.9 Wochen. Im Tessin sind es hingegen nur 42%. Mit einer Anhebung des gesetzlichen Ferienanspruches würden die Randregionen weiter an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland verlieren. Mit 6 Wochen Mindestferien lägen wir deutlich über Frankreich mit 5 Wochen bzw. Deutschland und Italien mit je 4 Wochen.
5. Wird die Ferieninitiative angenommen, bedeutet dies wohl für die Schweizer Belegschaften, dass zur Kompensation des Kostenschubes die Löhne über Jahre stagnieren werden, weil viele Unternehmen sonst den internationale Wettbewerb nicht überstehen werden. Viele Arbeitnehmer wollen jedoch lieber höhere Löhne als mehr Ferien. Auf jeden Fall wollen die meisten aber selbst entscheiden, ob sie mehr Freizeit oder mehr verdienen wollen.

Aus diesen Gründen empfehle der Bundesrat, das Parlament und die SVP am 11. März die Volksinitiative "6 Wochen Ferien für alle" abzulehnen. 8.2.2012